

Merseburger Tageblatt

Bezugspreis Durch Boten bezogen monatlich 750 Mfr. bei in der Stadt für 1000er monatlich 730 Mfr. Postbezug monatlich 700 Mfr. (ohne Bestellgeld). Erscheint wochentags nachmittags. Einzelnummer 30 Mfr., Sonnabends 40 Mfr. Alle Briefe freibleibend. Postfachnummer: 2613a Nr. 10 654. Geschäftsstelle: Bahnhofsplatz für unebene Zustellungen wird f. Gemähr geleistet. Erschließungsort Merseburg.

(Kreisblatt)

Unparteiische

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

(Mitglied des Vereins Deutscher Zeitungsverleger)

Herausgeber Ludwig Vahlg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 15.

Donnerstag, den 18. Januar 1923.

163. Jahrgang.

Feste Haltung im Ruhrbergbau.

Nach in Berlin eintreffenden Meldungen ist die Haltung der Ruhrarbeiterfrage durchaus fest und wurde durch die gestrigen Verhandlungen nur noch verhärtet. Die Unternehmer lehnen es nach wie vor ab, irgendwelche Konzessionen an Frankreich und Belgien zu leisten und sind bereit, alle Konsequenzen aus dieser ablehnenden Haltung zu tragen. Die Beamten der Güte Hofnungshütte haben erklärt, daß im Falle der Verhaftung ihrer Direktoren sie sich geschlossen hinter die Direktoren stellen und ihrerseits auch die Arbeit nicht weiter führen würden. Falls im Ruhrgebiet Requisitionen der Jochen vorgenommen würden, so würden die Franzosen keinesfalls auf diese Weise die notwendigen Bewehrungen erhalten, um die Bergarbeiterfrage auszuheilen zu können. Auf den beiden Seiten nur noch wenig Köhlen. Wenn den Bergwerksvertretern von französischer Seite erklärt worden ist, daß die Ingenieurstation nicht in das Geschäftsgeschehen der Werke einbringen gedente, so steht diese Erklärung mit der Note in Konflikt. In der letzten Woche sind die Beschlüsse in Bezug auf die Verträge der Jochen gemacht worden. Ein Einbringen in das Geschäftsgeschehen privater Betriebe widerspricht aber allen internationalen Grundsätzen. Nach Nachrichten aus dem linksrheinischen Gebiete haben die linksrheinischen Jochen eine Erklärung erlassen, nach der sie nur von der internationalen Kommission in Stoblen Anordnungen entgegennehmen würden.

Die Antwort der Jochenvertreter.

Essen, 18. Januar. Die am Dienstag bei der Versammlung in Düsseldorf anwesenden Vertreter der Jochen des Ruhrreviers haben am Mittwoch der Besatzungsbehörde mit seinem Namen verfahren, in der es u. a. heißt: „Der Herr Reichskohlenkommissar hat unter Androhung von Gefängnisstrafe den ausdrücklichen Befehl an alle Jochen des Ruhrreviers erteilt, keinerlei Brennstoffe an Frankreich und Belgien zu liefern. Ich kann daher dem wir von Herrn Gose erteilten Befehl nicht nachkommen. Ich bin mir bewußt, daß ich bei dieser Haltung mich vollkommen im Einklang mit den Bestimmungen des Waffenstillstandsabkommens, des Friedensvertrages, des Kohlenabkommens und aller ergänzenden Bestimmungen, sowie der Haager Konventionsordnung und mit den Regeln des Völkerrechts befinde, wie sie in allen Kulturstaaten anerkannt sind. Der Befehl meiner zuständigen Behörde schafft für die Jochenvertreter einen Fall von höherer Gewalt, bei dem auch nach französischem Recht jede persönliche Verantwortlichkeit ausgeschlossen ist. Niemand kann gezwungen werden, gegen sein Vaterland zu handeln und eine verbotene Handlung zu begehen. Die Anforderungen, die an mich gestellt werden, schaffen für mich einen moralischen Zwang, der auch nach französischem Recht eine Verantwortung meinerseits ausschließt. Zusammenfassend stelle ich fest und erkläre hiermit auf das Bestimmteste: Zu Handlungen gegen mein Vaterland und zu einer solchen Handlung lasse ich mich nicht zwingen.“

Scharfe Stellungnahme des Düsseldorfiger Regierungspräsidenten.

Düsseldorf, 18. Januar. Der Regierungspräsident von Düsseldorf hat an den Besatzungsbehörden für die deutsche Kreisverwaltung, General Debniggen, einen Brief folgenden Inhalts gerichtet: „Zunächst teile ich mit, daß die zu der gestrigen Aussprache in Düsseldorf geladenen Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in eine äußerst klare Erregung versetzt worden sind durch die Verhandlung, die ihnen geteilt geworden ist. Sie haben dieser Entzweiung mit großer Über den stärksten Ausdruck gegeben. Arbeitgeber und Arbeitnehmervertreter, die mich nach der Sitzung aufgehalten haben, haben mir ihren festen Willen ausgesprochen, niemals wieder zu perfiden Verhandlungen mit der französischen Besatzungsbehörde zuzustimmen. Ich gebe hier von Stennum, weil ich verpflichtet bin, der Besatzungsbehörde alle Momente mitzuteilen, die der Besatzungsbehörde in der Bevölkerung hervorgerufen haben. Ich fasse diese Momente mitzuteilen, daß ich auch solche beunruhigende Momente mitzuteilen habe, die nach Ansicht der Arbeitgeber und Arbeitnehmer

der Besatzungsbehörde hervorgerufen worden sind, welche jedes Verständnis für die Bedeutung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer des Ruhrgebietes vermischen ließ. Ich habe das dringende Ersuchen anzusprechen, in Zukunft jede Requisition von Lebens- und Futtermitteln in den linksrheinischen und linksrheinischen Gebieten des gesamten besetzten Gebietes, nicht nur des gegenwärtig neu besetzten Gebietes, zu unterlassen. Schließlich habe ich mich mit aller Schärfe davor zu warnen, irgendwelche weiteren Maßnahmen zu ergreifen, die eine Aufspaltung des Ruhrgebietes von dem unbesetzten Deutschland herbeiführen könnten. Die Einrichtung einer Zolllinie würde zur Folge haben, daß, ebenso wie bei der Verhängung der Sanktionen des Jahres 1921 und in weit größerem Maße wegen der weitgehender liegenden Beschlüsse im Ruhrgebiet eine vollkommene Verwilderung und Zerrung der Verhältnisse, namentlich der Eisenbahnen, herbeigeführt werden würde. Unvermeidbare Vorräte an Kohlen für die arbeitende Bevölkerung in den Industriezentren sind nicht vorhanden. Ich warne deshalb eindringlich vor allen Maßnahmen, die zu einer Verwilderung der Verhältnisse führen könnten.“

Benötigende Verhaltung der deutschen Industriellen.

Paris, 18. Januar. „Liberté“ meldet aus Düsseldorf, daß General Simon zur Verhängung der deutschen Industriellen schreiben werde, wenn die Reparationskosten tatsächlich nicht geliefert werden.

Der Reichskohlenkommissar erneuert sein Verbot.

Essen, 17. Januar. Vom deutschen Reichskohlenkommissar traf folgende Anweisung ein: „Ich bestätige hiermit meine heutige Drohung. Unter Verwarnung auf die Bestimmungen der französischen Industriellen der Ruhrkommission mit den Jochenverbänden verbiete ich mit Rücksicht auf den französischen und belgischen Kohlenausdruck die Lieferung von Kohle und Koks an Frankreich und Belgien auch für den Fall der Bewehrung oder Verabgabe durch diese Staaten! (gez.) Reichskohlenkommissar Stup.“

Beseitigung der Kohlenlieferungen durch die deutschen Behörden.

Paris 17. Januar. Sicheren Nachrichten aus dem Ruhrgebiet zufolge haben nach dem Vorbilde des Kohlenausdrucks die deutschen Behörden alle Wege und Mittel über die Erhebung der Kohlensteuer aus den Jochenländern verschwinden lassen. „Recht Parisien“ bemerkt dazu, eine Überprüfung dieser verschwindenden Kohlensteuererhebungen hätte zweifellos den Umfang der Kohlenförderung im Ruhrbezirk enthielt.“

Siebeswerden um die Arbeiterfrage.

Essen, 18. Januar. Die Besatzungsbehörde läßt in ihrem Verhalten, die Arbeiter des Ruhrgebietes für sich zu gewinnen, trotz der Mißerfolge nicht nach. Am Mittwoch nachmittags fand wiederum eine Aussprache mit den Besatzungsbehörden der Eisenbahnenverbände statt. General Simon erklärte den Vertretern der Eisenbahnen, von ihm würde der Arbeiterfrage bei ihren Verhandlungen jedenfalls nichts in den Weg gesetzt werden, er äußerte dann noch den Wunsch, daß die Arbeiterfrage der Besatzungsbehörde Vertrauen entgegenbringen sollte. Alle Wünsche und Beschwerden der Arbeiterfrage würden wohlwollend geprüft und nach Möglichkeit zur Zufriedenheit der Arbeiterfrage geregelt werden. Die Arbeitervertreter protestieren zunächst gegen die Besetzung, die sie als Vertragsbruch und als Rechtsbruch bezeichnen. Im übrigen erklären sie, daß sie nur die deutschen Behörden als Partner in Arbeiterfragen anerkennen würden. Die Arbeitervertreter betonen, daß sie kein Vertrauen zu Besatzungsbehörde hätten und daß sie am liebsten nicht ihr in Beratung kämen. Für Verhandlungen käme ebenfalls nur die deutsche Eisenbahnenverwaltung in Frage.

Ein Hechtstribunale an die Jochen.

Berlin, 18. Januar. Über die brennende Frage, welche Maßnahmen zu ergreifen seien, um die Mittel für die Ödnung der Bergarbeiter im Ruhrgebiet zu schaffen für den Fall, daß Letztere sich definitiv weigern sollten, für die Franzosen zu arbeiten, haben in Berlin am Mittwoch zwischen Vertretern der Jochen und Regierung Stellen Besprechungen stattgefunden. Beschlüsse wurden noch nicht gefaßt; wahrscheinlich wird aber die Regierung dafür sorgen, daß den Jochen in dem erwähnten Falle ein größeres Kredit einzugeworfen werden wird, um mit dessen Hilfe die Bergarbeiter über Wasser zu halten.

Anzeigenpreis Der Spaltenpreis 100 Mfr. Der halbspaltige 50 Mfr. Der viertelspaltige 25 Mfr. Der zehntelspaltige 10 Mfr. Die laufende Monatsanfrage wird vom Besieger auf alle Anzeigen bei deren Aufgabe mit 75 Mfr. in Zahlung genommen. Ziffergröße 30 Mfr. Porto besonders. Alle Briefe freibleibend. Anzeigen für den morgigen 10 Uhr. Belegnummer wird berechnet. Fernsprecher Nr. 100.

Zur frankpropaganda im Rheinland.

Die rheinischen Sonderverbände haben schon vor dem Einmarsch der Franzosen das Ruhrgebiet mit Agenten und Aufspürern überschwemmt. Diese gebliebenen Schrittmacher der französischen Anreizpolitik verlassen immer wieder die Rheinländer zu „überzeugen“, daß alles Wohl des Landes in einer „rheinishen Republik“ liege. Als natürliches Ziel mittel stellen sie die Einführung der Frankpropaganda, des „rheinishen Front“, in Aussicht, und damit billigere und bessere Zeiten. Die französischen Blätter unterstützen diese Propaganda, indem sie mit der Möglichkeit einer rheinishen Währung spielen. Woher die rheinishen Front oder „Zaler“ kommen sollen, wie die rheinische Wirtschaft bei Frankpropaganda produzieren und verkaufen soll, mit diesen schwierigen ja unübersahbaren Fragen beschäftigen sich die Agenten der rheinishen Republik nicht. Die Propaganda der Sonderverbände ist ein schleichendes Gift. Es ist notwendig, beiseiten des Marktes, den politisch und wirtschaftlich ungeschulten, ein Gegengewicht zu geben. Dieses Gegengewicht ist die Wahrheit.

Stellen wir zuerst einmal fest: wer hat an der Schaffung einer rheinishen Republik ein Interesse? Wir nicht, ebensowenig die Welt. Nur Frankreich. Die unerschütterlichen und unumgänglichen Zustände in Europa sind verhängnisvoll durch den Übergang der deutschen Währung und Wirtschaft infolge des Versailleser Vertrages. Eine Währungsreform Deutschlands, eine Wiederherstellung seiner Leistungsfähigkeit, seines Kreditvermögens für die Vorbereitung für die Gesundung Europas. Eine Lösung und Abtrennung der Rhein- und Ruhrgebiete von Deutschland aber müßte seinen völligen Zusammenbruch im Gefolge haben. Europa würde mit Deutschland in eine Katastrophe hineingeführt. Die Weltwirtschaft hat also kein Interesse an einer rheinishen Republik.

Was aber würde aus einer „selbständigen“ rheinishen Wirtschaft? Das Rheinland bildet mit dem Westfalen ein einheitliches Wirtschaftsgebiet. 85 Prozent der rheinishen Ausfuhr und 80 Prozent der rheinishen Einfuhr gehen in das Reich und kommen aus dem Reich. Dieses einheitliche deutsche Wirtschaftsgebiet durch eine Währungsreform getrennt, müßte einfach unmögliche Zustände schaffen, müßte zu einer Katastrophe für beide Teile führen. Die rheinische Industrie könnte unmöglich zu Goldpreisen produzieren und zu Papiermarktpreisen nach Deutschland verkaufen. Sie würde ausbleiben, in Deutschland konkurrenzfähig zu sein. Und mit welchen Kosten! Deutschland soll Deutschland laufen, nachdem ihm mit dem Rhein- und Ruhrgebiet der größte Teil seiner Produktions- und Exportquellen genommen ist? In der Unmöglichkeit nach Deutschland abzufahren käme die Notwendigkeit, die rheinische Industrie vor der billigeren, zu Papiermarktpreisen erzeugten landwirtschaftlichen und gewerblichen Produktion aus Deutschland durch Zölle und zu schließen; genau so, wie sich die übrigen hochkulturellen Länder gegen die billigeren deutsche Einfuhr durch Zölle zu schützen müssen. Das würde natürlich die Lebenshaltung in der rheinishen Republik wie auch die Produktionskosten erheblich verteuern.

Aber mocht mit der zu Goldpreisen erzeugten Produktion der rheinishen Wirtschaft, die auch zu Goldpreisen verkauft werden muß? In England ist Abschaffung und Arbeitslosigkeit, in Frankreich Überflutung des Marktes durch die eigene Produktion, in Amerika sind gleichfalls überflutete Märkte, die nach Weg ausweichen. Die Entzündung im Saargebiet zeigt das Schicksal, das die rheinische Industrie haben müßte. Im Saargebiet haben sich seit Einführung der Frankpropaganda die Absatzverhältnisse dauernd verschlechtert, infolge der gestiegenen Produktionskosten. Die französisch geborenen Saarländer können ihre Förderung nicht ablegen; Frankreich fördert nicht weniger, ist überflutet mit Reparationskosten. Deutschland aber kann die Saarländer an Frankreich nicht verkaufen. So blieben z. B. Ende November 1921 von 3,3 Millionen Tonnen Kohlen nicht weniger als 2,2 Millionen Tonnen als unverkauflich liegen. Die französische Grunderwerbsverteilung legte Feiertage über Feiertage ein, drohte sogar mit Entlassung von vorerst 3000 Bergleuten. Um diese Entlassungen zu verhindern, übernahm das Deutsche Reich monatlich 200 000 Tonnen Saarkohlen unter großen finanziellen Opfern. Das Reich wäre aber unmöglich in der Lage, auch nur einen Bruchteil der Erzeugung einer rheinishen Republik abzunehmen, um die rheinishen Arbeiter vor Arbeitslosigkeit und Hunger zu beschützen.

Genau Katastrophe wie die Abschaffung würden die Folgen für den rheinishen Verkehr sein. Dieser ist für die Rheinlande einer der wichtigsten Wirtschaftsfaktoren. Die Lebensader des Rheinlandes ist der Rheinstrom, sind die deutschen Bahnhöfen, die an seinen Ufern laufen. Dieser internationale Nord-Süd-Verkehr ist heute in seiner Blüte. Wollte man über den Rhein die Rheinstrombahnen leitet das Ausland, selbst auf Imwegen, keine Transporte,

well diese infolge des niedrigen Marktes bedeutend billiger sind. Die Einführung einer rheinischen Godabahrung würde diesen Entwicklung sofort ein Ende machen. Die Engländer, die zwischen ihre Zehnerbahn nach dem Süden über Hamburg, die Elbe hinaus, oder über die deutschen Reichsbahnen legen. Auch die Kohlentransporte, die heute über den Rhein und die Rheinbahn nach dem Südrhein, der Schweiz und Italien, gehen, würden natürlich durch den Soldat einer rheinischen Abfuhr abgedrängt werden auf die billigeren deutschen Bahnen. Nur die Reparationskosten würde nach wie vor nach Frankreich rollen; aber wieder für die Schweiz, nur für den Transport belände die rheinische Republik an nur eine Godahrt. Mit der rheinischen Wirtschaft würden die rheinische Zufuhr und der rheinische Verkehr zum Zusammenbruch verurteilt sein.

Diese Überlegungen müssen den Rheinländern sowohl wie allen Deutschen gehen, wozu der Kurs der französischen Politik, die eben das Ruhrgebiet mit Gewalt unter ihre Kontrolle bringt, führen muß. Heute heißt es, sich wehren mit aller Kraft und Zähigkeit, denn es geht um unser aller Leben.

Derzeit Deutschlands auf jede mündliche Verhandlung mit der Repko.

Paris, 18. Jan. Die Kriegsforschungskommission war heute offiziell aufgeführt worden, zur Sitzung der Reparationskommission am Mittwoch Vertreter zu entsenden, die wegen der italienischen Verpflichtungen mit der Reparationskommission verhandeln. Staatssekretär Piffier als Vorsitzender der Kriegsforschungskommission tritt aber der Reparationskommission mit, daß Deutschland auf jede mündliche Verhandlung verzichte. Die Sitzung der Reparationskommission wurde daraufhin auf Freitag verlegt. Es soll in dieser Sitzung endgültig über die Verpflichtungen an Italien entschieden werden. In der letzten Sitzung wurde sich die Reparationskommission mit der Antwort der Reichsregierung befaßt.

Stichstoff- und Holzlieferungen.

Nach dem „Journal“ werden in der Reparationskommission Verhandlungen über die sogenannten „Belegungen“ Deutschlands fortgesetzt werden. Die Verpflichtungen bei den Stichstofflieferungen und bei der Durchführung der fruchtbarsten geforderten großen öffentlichen Arbeiten erfordert eine vorherige Prüfung, mit der man begreifen habe. Waffeln für die Bevölkerung an Italien wie den heutigen „Belegungen“ ungenügend sei, soll es den. Daselbe Blatt berichtet, daß eine neue Abklärung in Genereure zur Verklärung der Mission Goffe abgereicht ist.

Ansetzung der Interkommunalen Staatsfinanzen.

Paris, 17. Jan. Die französische, die belagerte und die italienische Regierung haben die in Belgien für die Ansetzung der Dominikaner an ihren Ministerien erteilt als Sanktion für die am 26. Dezember von der Reparationskommission geforderte deutsche Bezeichnung bei den Holzlieferungen.

Weitere Eroberung des Ruhrgebiets.

Neue Truppentransporte im Kessel.

18. Jan. Die militärischen Operationen im Ruhrgebiet gehen weiter, so daß dauernd neue Truppen und Geräte in den Besitz der Franzosen kommen, die erst eingehend untersucht werden müssen. Die verständliche Erklärung, daß die Förderungsziffer, die schon jetzt erheblich nachzulassen beginnt, in der nächsten Zeit noch wesentlich sinken werde. Sollten sich die Bergarbeiter belagern, unter der französischen Militärverwaltung zu arbeiten, so rechnet man weiter damit, daß die französische Militärverwaltung die Bergarbeiter mit Gewalt zur Arbeit zwingen werde. Man ist jedoch in den Kreisen der Bergwerksverbänden darüber vollkommen sicher, und auch die französische Regierung dürfte sich darüber nicht im unklaren sein, daß in einem solchen Falle die Förderung eines katastrophalen Rückschlags nehmen würde, so daß Frankreich nur ganz unbestimmte Kohlenmengen nach dem Westen abzuführen in der Lage sein dürfte. Auch die Tätigkeit der polnischen Arbeiter, auf die sich Frankreich zu stützen glaubt, die aber in einer Hinsicht ungenügend untersucht werden müssen, wird den deutschen Bergarbeiter zu helfen beabsichtigen, würde keine wesentlichen Förderungsergebnisse zeitigen.

Gegenwärtig macht die französische Ingenieure alle Anstrengungen, um einen Grabapparat für das nach Hamburg überseelebet, die Franzosen, die in allen Gruben sind französische Kommissionen tätig, die sich eingehend über die örtlichen Verhältnisse und die örtlichen Förderungsmengen, sowie die Stärke der Befestigungen zu unterrichten versuchen. In Sachverständigenkreise hat man der Ansicht, es werde, falls es den Franzosen überhaupt gelingen sollte, eine ähnliche Organisation einrichten, die die das Kohlenprodukt darstellt, damit noch ziemlich lange dauere.

Keitere Truppenbewegungen.

Der Vormarsch der Franzosen von Dortmund und Essen aus geht weiter fort. In diesen beiden Städten herrscht Ruhe. Unzufriedenheit sind nicht mehr zu verzeichnen. In nna ist noch nicht besetzt; auch Dagen an ist noch frei. Hardebe bei Dagen wurde am Dienstag Abend besetzt.

Die Truppenbewegungen in das Ruhrgebiet halten sich in ihrer Verminderung. Die Truppen sind 17 Truppentransporte u. a. in Dortmund und Höhe angekommen. Heute werden weiterezüge für Dortmund, Höpde, Gladbeck und Carnap erwartet.

Münster und Paderborn sollen besetzt werden.

Berlin, 17. Jan. Um 4 Uhr nachmittags wurden an Essen gemeldet: Am heutigen Tage wurden folgende Orte besetzt: Haltern, Lünen, dann einige Vororte von Dortmund in Richtung auf Lünen, a. a. Grotow, Pflersdorf, Bergkosen, Schwerte, Sagen, Eversick und Barnem. Sind noch nicht besetzt. Die weiteren französischen Einheiten in Dortmund geht hervor, daß die Befestigung von Münster, Sauerbruch, Dagen, Paderborn und Bielefeld vollständig ist. Gegen den Vorfall eines Aufstandes kommende Meldung, nach dem General Degoutte erklärt haben soll, daß die Aktion vorläufig beendet sei.

Verlegung der Hugo Stinnes S. m. b. H. nach Hamburg.

Hamburg, 17. Jan. Der Hauptteil der Hugo Stinnes S. m. b. H. ist von Althelmstedt nach Hamburg verlegt worden, so daß bereits eine Betriebsüberlegung stattfindet.

Hinter den französischen Kuffen.

Amsterdam, 17. Januar. Aus London wird gemeldet: Obwohl in der Sitzung als auch in maßgebenden Ministerkreisen wird von einem Aufbruch erregenden Schritt der französischen Großbanken gesprochen, der die Politik Bonaires offensichtlich beeinflusst habe, soll.

Eine Reihe Bankier Großbanken überreichte dem Finanzministerium eine gemeinsame Note, in der sie erklärten, daß sie nur noch bis zum 15. Februar in der Lage seien, dem französischen Staat in der höchsten Weise Kredite zu eröffnen. Als Begründung wurde angegeben, daß durch die fortgesetzte Einziehung von Einmalen in den Staatshaushalt, die nicht ohne unzulängliche Eingangs, der Kredit des Staates bemerkbar erschöpft ist, daß man mit einem starken Fehlen des Geldes rechnen müsse. Die Banken seien daher gezwungen, in Zukunft größerer Sicherheiten zu verlangen.

Die französische Regierung hat keine andere Möglichkeit, den Kredit des Staates zu heben, als die Erzeugung größerer Einnahmen und Verringerungen von fiktiven Defizitposten. Angesichts der drohenden Haltung der Banken, die durch die amerikanischen Finanzwelt noch unterstützt wurde, schien die Eröffnung der Gewährung eines Monopoliums aber vollständig unmöglich. Aus diesen Erwägungen heraus gelangten die Pläne Darriacs und anderer Anhänger von Zwangsmaßnahmen im Ruhrgebiet und im Rheinland zur Annahme und Durchführung.

Rom und London.

London, 17. Jan. Unter dem Titel „Warum nicht wieder zusammenkommen?“ veröffentlicht das Londoner Organ der französischen Regierung, die „Daily Mail“, einen bedeutsamen Artikel, der sich mit ein Erbverdingungsrecht in die Hand. Die englische Regierung wird insbesondere ihre Haltung gegenüber Frankreich ändern, mit der Drohung, daß andernfalls eine deutsch-französische Verständigung einseitig durch die britische Regierung würde. Man behauptet, daß man keine vergebene Gewährung, wie sehr die Bonaires Pläne in London verstanden sind, in Mussolini einen zuverlässigen Helfershefter gefunden zu haben und wie sich beide Seiten nun in Verhandlungen unanwiderlicher Ergebnisse England gegenüber überließen.

Der italienische Vorkämpfer machte ebenfalls am letzten Freitag gegenüber Bonaires kein Geheim daraus, daß Mussolini in die Ausdehnung der Besetzung mit zu nehmen der Witz billigung gehen würde. Es ist nicht zu bezweifeln, daß die letzten Tage eine bedeutende Veränderung zwischen London und Rom brodsen und daß Mussolini nun entbeide, daß der Plan Bonar Labs seiner Ansicht doch viel näher stand als der Bonaires.

Gegenüber der französischen Drohung, Frankreich werde nun einseitig die Ruhr besetzen, wenn es nicht freiwillig liefert, meint ein Sonderkorrespondent der „Times“ in Essen, Frankreich werde bedauern, Schritte für eine Konfiskation privaten Eigentums unternommen zu haben, wenn es sehen werde, in welchem Umfang internationale Kapital im Ruhrgebiet angelegt ist.

Kohlelieferungen in England.

In dem Augenblick, in dem man annehmen konnte, daß Großbritanniens letzten Augen durch Kohlenlieferungen aus der Ruhrabfahrt und aus der Desorganisation der Industrie bei dem Könige, letzter der Kohlen, die in Folge des französischen Einmarsches sich befindet sich, in einer Korrespondent deutet, Großbritanniens selber in einer akuten industriellen Krise in den Kohlengebieten. Die Arbeitergebe beschließen, wie man glaubt, Zwischschritte zu machen, die es ihnen zu ermöglichen wird, die Arbeiter zu erhöhen. Die Arbeiter weigern sich jedoch, die derzeitige Veränderung ihrer Rechte anzunehmen. Franz Hodges, der Sekretär der Grubenarbeiter-Vereinigung, erklärt, die Arbeiter erwarten eine Reduzierung der Arbeitszeit von 7 auf 6 Stunden pro Schicht. Die Auslichten werden als sehr ernst betrachtet.

Memel unter litauischer Herrschaft.

Königsberg, 17. Jan. Simonaitis ist in Memel eingetroffen. Die neue Regierung macht sich im Hotel „Berliner Hof“ breit. Die litauischen Mauerbänken haben bei Memel drei Zote und mehrere Verwandte, die Franzosen einerseits, einen Schiner und einen Schweizer andererseits. Im Memeler Winterhof traf am Dienstag nachmittags ein polnisches Stangenboot ein, auf dem sich der französische Oberst polnisch befinden sollte. Dieses polnische Kriegsschiff ist ein ehemaliges litauisches Boot, das im Winter vor kurzem wieder abgefahren, durch die Besetzung des Randesdirektoriums, unterzeichnet von Simonaitis, ist die „Litauische Fahne“ das, erst vor kurzem gegründete Blatt des memelischen Deutschlands, bis zum 20. Januar verboten worden.

Eine Proklamation des Oberkommissars in Memel.

Memel, 18. Jan. Der Oberkommissar Reizine veröffentlichte folgende Proklamation: „Einwohner des Memelgebietes! Ich protestiere noch einmal öffentlich im Namen der alliierten Mächte gegen das litauische Vorgehen auf das Memelgebiet. Ich erkläre ausdrücklich, daß die alliierten Mächte noch immer die Absicht haben, ihre Autorität über das Gebiet auszuüben.“ Die litauische Regierung wird von dem Militärdirektor Reizine, ein Amt, ausgemacht. Er teilte das Gebiet in vier Militärbezirke. Die litauische Fahne wurde auf den öffentlichen Gebäuden gehißt.

Die Brotversorgung für Monate gesichert.

Berlin, 17. Jan. Auf Einladung des Reichsministers Dr. Luther fand am Mittwoch im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft eine Besprechung mit den Vertretern der Gewerkschaften statt, die sich mit der Ernährungslage unter besonderer Berücksichtigung des Ruhrgebietes befaßte. Der Minister legte die Verhältnisse im Einzelnen dar. Aus seiner Ausführung ging hervor, daß die Versorgung mit Brot auf Monate völlig gesichert ist. Auch bei starkem Fehlen seien keine Beeinträchtigungen. Der Minister machte weiter Mitteilung von der vorgesehenen Maßnahmen, die hinsichtlich der übrigen Lebensmittel getroffen sind. Er betraute insbesondere auch die Gewerkschaftsführer nach ihrer Meinung über Einschränkungen in der öffentlichen Wirtschaft, wobei sich die Gewerkschaftsführer für beratende Eingriffen auszusprechen.

Aus Stadt und Umgebung

Reichsgründungsfeier der Deutschn. Volkspartei.

Allenfalls in deutschen Landen besteht wohl man am heutigen Tage die erste Feier der Gründung einer Organisation aus der deutschen Geschichte, die in dieser Maßnahme deutscher Einheit deutschen Ganges und deutscher Größe gegenüber sind und immer bleiben werden. Der 18. Januar 1917 als der Tag der Erhebung Preussens zum Königreich und der 18. Januar 1918 als der Tag der Erhebung des Deutschen Reiches sind wahrlich weit, in unserem Volkswissen sein hochgehalten zu werden, und doppelt wichtig in der heutigen Gegenwart, wo wir die letzten Monate jener beiden Jahre in unserer dunklen Zeit besonders schmerzlich überdenken. Die beiden Reichtage seien in unsere politischen Lebens geistig daher einer hohen vaterländischen Pflicht, wenn sie imlichten der Wirren und Wäde der Gegenwart zu ersten Gedenktagen des 18. Januar aufzurufen und uns dadurch etwas mit dem Zukunftsbedenken geben, was uns hart und unerschütterlich fest machen kann gegen alles, was da kommen mag!

Die höchste Ortsgruppe der Deutschnationalen Volkspartei hat nicht umsonst ihren Ruf nach Reichs-Gesellschaft ausgerufen. Der Saal war gefüllt mit den Gästen auf den letzten Abend gefüllt von einer Aufregung, die mitfühlte und Stunden der inneren Erregung unterließ. Das Programm war schlicht und einfach, ohne jeden besonderen Aufwand an irgendwelchen Besonderheiten; aber es wirkte dennoch so vom ersten Wort der Begrüßung bis zum letzten, als die Herzen der Gäste durch die Worte hindurch bis zum heiligen Schurz des Deutschlandliedes an Erde, Generalsekretär Michaels begründete namens des Ortsgruppenvorstandes die Ergründenen und wies auf die tiefen Gründe hin, in der wir uns befinden und um die wir bitten. Die harten Worte „Verraten und Verräut!“ ließen über diesen Tagen des Zusammenbruchs. Verraten und verräut waren wir schon im November 1918 mit dem Verfall des alten Reiches durch die damaligen Reichs-Verhältnisse, verraten und verräut durch den unglücklichen Unterzeichneten des Reichs-Vertrages, und zum dritten Mal im Mai 1921 beim Abschluß des Londoner Friedensvertrages, in dem wir den Feinden gewillfährten einen schmerzlichen Beschluß zu ihren heutigen Verhandlungen geben. Verraten und verräut sind wir durch die Politik der Regierung Enten, die nun die fürchterlichen Kräfte ihrer Vorgänger erntet darf. Trotz allem wollen wir den Abend des 18. Januar nicht in müßiger Trauer erleben, sondern in echt nationaler Weise durch Erhellung für die Welt den Namen des Reiches und den Namen des Volkes, die wir von Kräften Räte Weber selbst vertrat und vorzüglich vorgezogen. Wozu für den Abend als Grundhülle. In seiner Redearbeit war über ein vaterländischer Reichs-Verfall, nicht mit den Worten schloß: „Das deutsche Reich, wozu der Reich, der hat doch die Welt, die Welt“ (Einfacher, langanhaltender Beifall legte der jungen Dame, wie treffend die Worte gefunden und jedem wahren Deutschen aus tieferer Seele gebrochen hatte.

Die Rede des Abends hielt Hauptmann Berener-Galle, bei seinem Auftritte mit einem stürmischen, deutschen „Frontheil!“ vom neu-deutschen Schatzband begrüßt wurde. Der Redner hatte sein Thema in den Worten gefaßt: „Nicht mehr Verraten!“ Ausgehend von der juristisch-rechtlichen Lage, betont er, daß die deutsche Nationalität den heutigen Regierung für ihre unerschütterliche Standhaftigkeit. So erfreulich aber die Regierungsbildung und die fast einmütige Stellung des deutschen Volkes hinter die Regierungsbildung ist, so erschütternd ist die unter dem Namen „Reich“ zu verstehen, über sich ergehen lassen muß, ohne irgendeinen aktiven Widerstand ausüben zu können. Damit hat die schon fast Ende des vorigen Jahrhunderts betriebene Politik des Unmühen-Vertrages, in Zusammenhang gebracht, kommen mußte nach dem Reich, die deutsche Nationalität, die der Reichs-Volk trägt Schuld an dieser katastrophalen Entwicklung, da es die in ihm schlummernden Kräfte verkommen ließ. Ebenan liegt der Mangel an Staatsgefühl, niemals hatte der Reich die nötige Stärke Staatsbildung, immer verführbar, hatte Eigenbrunnen, die den Zusammenbruch zu einem großen Reich, Preussens Sendung vor es, dem deutschen Volk das rechte Staatsgefühl einzuwurzeln. Der Redner geht dann in scharf umrissenen Zügen auf die folgenden Punkte ein: die deutsche Nationalität, die den Nationalität und die Nationalität, deren Leben ganz eingeleitet war auf Entschluß und Weisheitsentwicklung. Wie erbebend ist es, daß im jungen Preußenland zu einer Zeit, wo das litauische Deutschland sich in Phantomen betätigte, die erste Gruppe des Preußenlandes sich im Umarmen wurde, die Rede von einem Reich vorzüglich zusammengestellten Programm, das trotz seiner Weisheit doch etwas zu großen Reichhaltigkeit ungestritten Beifall fand. Frau Döthe erregte durch einige Beiträge mit Klavierbegleitung; ihr volles Gesangsvermögen ließ sie wieder zu reiflicher Geltung. Frau Busch bot am Klavier sowohl in der Begleitung als in feinen Solovorträgen eine hervorragende Leistung; ganz besonders gelien die Stanzette (Es-Dur) von Sukkat und seine eigene Kompositionen. Auch sein von einem Mann, der sich gut vorzutragen, die die Welt in Deutschland bene! mit dem tiefgreifenden Text von Wilhelm, hinterließ einen tiefen Eindruck. Frau Bedding, die Gedichte rezitierte, und Krümlen Räte Weber, die ihren Vortrag eigener Dichtungen fanden reichten Beifall, von dem Publikum, der Publikum, die sie in einer Weise ehrlich gepriesen. Nach einem kurzen Schlußwort des Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe, Rechnungsamt Eichardt, der den Mitwirkenden für ihre außerordentliche Nähe den Dank ausgesprochen hatte, endigte der Abend mit einem dreifachen Hoch auf die deutsche Vaterland und der Beifall der angekommenen Deutschland-Lied „Deutschland, Deutschland über alles!“

Graf Quader in Werkeberg?

Wie wir hören, soll es der hiesigen Ruhrgebietsgesellschaft gelingen, den Grafen Quader zu einem Vortrag über die Geschichte des Reiches zu bewegen. Der 28. Februar zu gewinnen. Wie genau diese Nachricht mit allem Vorbehalt werden, möchten aber bei ihrer Veröffentlichung schon heute darauf hinweisen, daß Graf Quader,

Der Silberstein des Freigrafen Berhard Henneke

von H. Klein-Hoffell

(59) Bei der sofort vorgenommenen Abführung des Hängesessels fand man die hinausgeriffene Metallfläche vor. Sie war unter die Häber des dahingelassenen Juges geraten und in der Mitte zertrümmert, ebenso ein Seimandbeutel, der indessen nicht von der Art der im Stoffszimmer von „Barbara-Tiefbau“ gefüllten war.

Diese Stelle des Seiwes war mit Goldstücken und fünfmarkstücken förmlich überfüllt und die Seiwene war mit einer flachgedrückten Goldplatte bedeckt. Die zusammengepackte Summe besaßte sich auf annähernd neunhundert Mark, wobei es keineswegs ausgemacht war, daß man in der Dunkelheit auch das letzte Goldstück gefunden hätte. Die Zahl der durch das Gewicht des Juges zertrümmerten Münzen ließ sich nicht einmal schätzen.

Untermwegs war Wortowski nicht zu bewegen gewesen, auch nur den Mund aufzutun. Als nun Grebe selbst das Fragen fortsetzte, freute die Lippen noch fester zusammen und richtete den freibeweglichen Blick beharrlich in eine Ecke des Zimmers.

Erfst als man das in dem zerrissenen Stahl des Goldschrancks vorgefundene Stück des Ringnagels gewaltsam mit dem Goldfinger der linken Hand verglich, entfuhr ein grimmiger Ausdruck dem zusammengekauerten Säbner. Er legte aber die Taktik des Schweigens zunächst fort und beteuerte seine Unschuld ebensowenig, wie er seine Schuld eingestanden hätte. So bot das Verhör ein merkwürdiges Schauspiel dar. Der Kommissar legte der Sparsamkeit des Verbrechers eine eiserne Ruthe entgegen und ließ sich in der Fortsetzung und allmählichen Steigerung seiner Fragestellung auch dadurch nicht beirren, daß Wortowski, anstatt zu antworten, den Mund zu einem höflichen Grinsen vergab.

Grebe hatte gerade so gut den Stuhl fragen können, auf dem der Verbrecher saß, auf welche Weise dieser sich in den Besitz des Abdrucks der beiden Schlüssel gesetzt hätte.

Wieso hatte er, der auf den Schachplanlagen nichts zu finden und dort keinen Zutritt hatte, die photographisch getreue Wiedergabe aller der kleinen Gewohnheiten fertigbringen können, die der Förstner und die beiden Steiger an dem Haffesor kannten?

Woher hatte er sich vor allem die Sicherheit in der Beherrschung des Weges verschafft, den er zu nehmen hatte? Woher wußte er, daß gerade in der vergangenen Nacht das Jagdschloß des württembergischen Haffesors nicht zu besichtigen war?

Was waren seine Spitzhelfer? Erfst als der Kommissar, in allerdings sehr dunklen Andeutungen, den Nord in der Hofenagel streifte, lehnte der Blick Wortowskis sich argwöhnisch von der Zimmerede ab. Diese Behauptung auf allgemeine und unklare Wendungen mochte ihn aber überzeugen, daß es sich nur um Fälscher handelte, und er setzte das Schweigen fort.

„Sie müssen sich doch fagen“, redete der unermüdliche Frager auf ihn ein, „daß die Verweigerung jeglicher Antwort erfst ein glattes Schuldgeständnis ist, dessen es übrigens bei den vorliegenden Umständen gar nicht einmal bedarf und zweitens als Fälscherlei angesehen werden muß, durch die Sie jede Aussicht auf eine mildere Beurteilung verlieren. Sie dürfen auch nicht glauben, daß ich das alles nicht weiß, wonach ich Sie frage. Ihr Spitzhelfer Hermann Mohr, der ebenfalls bereits hinter Schloß und Riegel sitzt, hat die Unterredung haartüchtig erzählt, die er mit Ihnen gehabt hat.“

Dem Kommissar entging ein leises Zusammensucken des Halses nicht. Er glaubte, einen Vorstoß wagen zu können. „Mohr hat Ihnen mitgeteilt, daß wir dem Mörder auf der Spur sind und Ihnen zur Flucht geraten.“

Da lösten sich die zusammengekauerten Lippen zu einem schmerzlichen, häßlichen Lächeln.

„Ich weiß nur von einem Paar Stiefel, die er mir gebracht hat“, sagte er langsam und hämisch. „Ich sollte sie beschaffen. Das, was Sie angeben, hat er mir nicht gesagt.“

„Der Herr im grünen Mantel, der Sie vor Mohr besuchte und den Stoff in der Skappe verfertigte, war wohl auch nur ein harmloser Kunde?“, fragte nun Grebe gereizt.

Wieder traf ihn der lauernde Blick des Boten, und dieser ließ sich endlich Zeit zur Antwort.

„Ich habe nur mit den Stiefeln meiner Hundsfott zu tun. Demen sieht man es nicht an, ob die die darin Reden, quite oder solche Menschen sind, und das geht mich auch nichts an.“

Der Kommissar sah ein, daß aus Wortowski vorläufig nicht mehr herauszufahren war, und ließ ihn abführen.

Wäszehntes Kapitel.

„Wir müssen alles tun, um solange als möglich zu verheimlichen, daß wir diesen Vogel gefangen haben“, sagte Grebe zu Selter, „als die Türe sich hinter dem Gefangenen geschlossen hatte. „Lange wird das nicht sein können, denn seine Spitzhelfer werden gewiß eine verarbeitete Nachfrist erwarten, sobald er in Sicherheit ist. Im Laufe des morgigen Donnerstags werden sie darauf rechnen, vor dem Abend aber gewiß die Hoffnung nicht aufzugeben. Dann kommt es darauf an, daß sie über kein Schicksal vorläufig im Unklaren bleiben.“

„Ich habe mich schon mit den Bedatungen der heiligen Blätter in Verbindung gesetzt“, entgegnete Selter. „Sie haben mir alle zugelegt, ihnen etwa über den Vorrat im Juge angehende Mitteilungen bis auf weiteres zu unterdrücken. Die Polizei in ... wird bei den dortigen Zeitungen das gleiche Entgegenkommen erfordern. Wiebe noch die Möglichkeit, die einige Wahrscheinlichkeit für sich hat, daß der Vorgang durch einen Fälscher einem Verwirrer Mann angetragen wird. Für die Margentanzgaben kommt er aber zu spät und die Abendausgaben erreichen uns erst übermorgen früh.“

„Kortrefflich. Anzugeben müssen wir den Liebermangungsdiens nicht einrichten, daß Theilen absolut nichts mehr, wir aber möglichst über jeden von ihm unternommenen Schritt auf dem Laufenden bleiben. Ich sage es aber lieber, wenn auf die eine oder andere Erhaltung verzichtet würde, falls sie ihn argwöhnisch machen würden.“

Selter machte ein nachdenkliches Gesicht.

„Wäre es nicht besser, nun auszuschlagen? Wir sind ja schon, daß der Steiger gar nicht mehr vorbeliegen kann. Wortowski hat ja gewiß alle Spuren beseitigt, aber bei Theilen könnte man immerhin noch einiges finden.“

Der Kommissar schüttelte den Kopf.

(Fortsetzung folgt.)

Zelta
Die glückliche Geburt eines
Doctler
zeigen an
Landwirt Paul Uhlig und Frau
Margarete geb. Wähler.
Schwend, den 17. Januar 1923.

Dank.
Anlässlich des geschehenen Brandes sage ich allen meinen Freunden, Bekannten und Nachbarn für das tatkräftige Eingreifen verbindlichen Dank. Ebenso der Merseburger Feuerwehr und der Werkseuerwehr Leuna.
Merseburg, den 18. Januar 1923.

Möbelfabrik
Hugo Schwimmer.
Landwirtschaftliche Maschinen
Strohpresse „Nema“ mit Selbstbindung
10.0 a. 800 mm breit
Abieger, Drillmaschine
Einbanddrehmaschine
Verberechen - Rollautomat, Einharzapp
Mischzentrierten, 100 Liter pro Stunde
Großes Lager in Niemensteden, Lagern
und Wollen, Maschinen-Motordie, Setze,
sowie Bindgarne ab Lager, gütig,
verkauf!

Willy Söhnert, Weijens-G.
Marienstr. 7. Telefons 718.

Mittleres Gut sofort zu kaufen gesucht.
Gelb. Offerten unt. A. C. 101 an die Exped. d. Bl.
Bedraute Zinkbademanne
(Eisp- oder Liegemanne), wenn auch defekt, zu kaufen gesucht. — Offerten unt. R. A. 12 a. d. Exp. d. Bl.

Sonnabend, den 20. d. M. stehen wieder in großer Auswahl prima hochtragende, sowie neue milchende
= Kühe =
in Merseburg im „Goldenen Hahn“ preiswert zum Verkauf.
Robert Aming, Tel. 240. Otto Hellmann.

Bekanntmachung.
Die Firma Engelhardt & Co zu Schwend bedachtigt, im Grundbuch Nr. 11 hierüber eine Hausveräußerung einzutreten.
Gemäß § 17 M. G. D. bringen wir dieses Unternehmen mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Einwendungen binnen 14 Tagen bei uns schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen sind. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden. Zeichnung und Beschreibung der Anlage liegen bei uns zur Einsicht aus.
Für mündlichen Erörterung der rechtzeitig erzielbaren Einwendungen wird Termin auf
Montag, den 12. Februar d. J.,
vormittags 10 Uhr
im Rathaus — Zimmer 8 — anberaumt.

In diesem Termin wird auch im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden.
Schwend, den 15. Januar 1923.
Die Vollzieh-Verwaltung.

Bekanntmachung.
Die Firma Deutsch-Amerikanische Hausveräußerungsbüro- und Farberei G. m. b. H. bedachtigt auf ihrem Grundbuch, Leipzigerstraße Nr. 23, hierüber, eine Hausveräußerung einzutreten.
Gemäß § 17 der M. G. D. bringen wir dieses Unternehmen mit dem Bemerkten zur öffentlichen Kenntnis, daß etwaige Einwendungen binnen 14 Tagen bei uns schriftlich in doppelter Ausfertigung oder zu Protokoll anzubringen sind. Nach Ablauf dieser Frist können Einwendungen in dem Verfahren nicht mehr angebracht werden. Zeichnung und Beschreibung der Anlage liegen bei uns zur Einsicht aus.
Für mündlichen Erörterung der rechtzeitig erzielbaren Einwendungen wird Termin auf
Dienstag, den 13. Februar 1923,
vormittags 10 Uhr
im Rathaus — Zimmer 8 — anberaumt.

In diesem Termin wird auch im Falle des Ausbleibens des Unternehmers oder der Widersprechenden mit der Erörterung der Einwendungen vorgegangen werden.
Schwend, den 15. Januar 1923.
Die Vollzieh-Verwaltung.

Briefmarken-Sammlungen
bessere Einzelmarken, sowie alte Briefschaften mit Marken
kauft bis zu den wertvollsten Objekten gegen sofortige Kasse

Karl Hennig, Briefmarkenhaus Weimar
Lieferant der Königin von Italien, des Königs von Aegypten, des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika.

Noch preiswert empfehle

Barackenbettender, einfarbig weiß, 1. Qual.	2500.—
Schlafdecken, kamelhaararb. 1. Qual.	6500.—
Schlafdecken, mittel, farbig, doppelt, 120 cm br., 1. Qual.	9800.—
Nachschlafdecken, bunt, 1. Qual.	1800.—
Rümpeldecken, weiß, 1. Qual.	1950.—
Mäntel, weiß, 90 cm breit, 1. Qual.	2200.—
Schürzen, mittel, farbig, doppelt, 120 cm br., 1. Qual.	2900.—
Wäcker, schwarz, 100 cm breit, 1. Qual., eignet sich für Schürzen, Röcke usw.	3500.—

Bitte außer den Preisen die guten Qualitäten u. Ausührungen zu beachten

Herrn-Unters-Hosen, mittel grau, kräftige Qual.	3900.—
Herrn-Hemden wollgemischt, Doppelbrust	2900.—
Herrn-Hemden wollgemischt, Doppelbrust, sehr gute Qual.	4900.—
Damen-Beinkleider, farbig, Vorder	3600.—
Damen-Beinkleider, blau, Spitzstoff	3900.—

Herzblechdecken, für 1-2 Jahre für Kinder und Mädchen, gebildet, schwer, wolle Qualität, reizende Ausführung 5500.—
Dazu Spielzeuge oder Musikinstrumente 1800.—

Rnaben-Anzüge, gestrich., d-groß, für ca. 4-10 Jahre 13000.—

U. Henckel, Merseburg
Deigebue 29. — Fernsprecher 645.

MÖBEL
aa O. Scholz Ww., Merseburg
Gothardstr. 34. — Telephon 458.

Merseburger Kalender 1923
Preis nur 25 Mark (ausschließlich Porto)
zu haben in der Geschäftsstelle des Merseburger Tageblatt und in den hiesigen Buch- u. Papierhöl sowie in Läden bei U. Naumann in München bei „Vote für das Geistesalt“ in Dürrenberg b. Dürrenberger Zeitung (Paul Kugleb) in Schkeuditz bei Buchhdlg. M. Wachsmuth in Weissenfels bei M. Lehmanns Buchhöl.

Bruchkranke
kann auch ohne Operation geheilt werden. Langj. erprobte Meth. Nächste Sprechst. in Halle-S., Hotel grüner Baum, Frankstr. 14, Montag, den 22. Januar von 9-1 Uhr.
Spezialarzt Dr. med. Coleman, Berlin W 35.

Drehstrom-Motore
erklaßte Fabrikate, Kupfer, Bronzelager, Schleifringanker 1-10 PS ab Lager, verkauft — gütig
Willy Söhnert, Weijens-G.
Marienstr. 7 — Tel. 718.

Schlaflosig-Verjüngung
gegen Schläfrigkeit, Finnen u. m.ß. Prämie bei Carl Herjath, Christianstr. 5.
Rahmhunde u. 6 Wochen bis 2 Jahre alt, Ausführl. Offerten mit Preis, Alter, Farbe, ohne dieses anw. an Ernst Pauscher Leipzig, Körnerstr. 13.

Sehr beliebt
in allen Frauenkreisen u. für die Hausfrau besonders wertvoll.
Heller sind:
das Jugend-Moden Album, das Favorit-Moden-Album, das Favorit-Handarbeits-Album der Internationalen Schnittmusterakt., Dresden-N. 8.
Nach Favorit-Schnittmuster zu schneiden ist sparsam und leicht. Alles ist und zeugt von Geschmack. Besonders zu empfehlen:
Favorit-Wäscheheft, Gestrickte Kleidung selbst herzustellen.
Marie Müller
Gothardstr. 42.

Stadttheater Halle
Freitag, abds. 7.30 Uhr: Die Gezeichneten.
Sonnabend, nachm. 3.30 Uhr: Wie Klein-Ester das Christkind fügen ging.
Sonnabend, abds. 7.30 Uhr: Robert u. Bertram

Kleinkunst-Bühne
Neuer Schützentrupp
Sonnabend, abds. 7.30 Uhr.
Das große Pass-Programm.
Gastspiele erlesener Künstler.
Jeden vierten Tag Programmwechsel.
Direktor: H. Ellenberger.

Fahradgummi
Schneider
Kinderwagenreif.
Katalog gratis.
Emil Levy, Bildsheim

Einige Reisedamen
für Spezialartikel bei hohem Verdienst für die Bezieher, Merseburg u. w. sofort gelandt.
Otto Lipe, Korsettfabr.
Tel. 1.

Wir suchen für den hiesigen Bezirk einen art. **Vertreter** für unsere Kolonialwaren-Verhandlung u. erbitten Offerten unt. D. K. 231 an die Geschäftsst. d. Bl.

Sofort 1 od. 2 möbl. Zimmer
für Ehefrau gesucht. Angebote unt. 339/21 an die Geschäftsst. d. Bl.
1 oder 2 Zimmer möbl. für Assessor sofort gesucht. Angebote unt. 12/21 an die Geschäftsst. d. Bl.

Gr. Wolfshund
gelbe Farbe, in der Nacht vom 16.-17. d. Mts. entlaufen. Mischlinge erhaltet Züchtung. Wer gekauft wird gemamt.
Möbelfabr. Schwimmer
Rumarkt 22.



Beilage zu Nr. 15 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 18. Januar 1923

Arbeitsmoral.

Das Problem der Produktionssteigerung muß von mehreren Seiten beurteilt und in Angriff genommen werden. In der Öffentlichkeit beschäftigt man sich hauptsächlich mit der technischen Seite der Frage. Der Einwand, daß die bevorstehende Verschärfung der Arbeitslosigkeit eine Verlängerung der Arbeitszeit unmöglich mache, muß mit dem Hinweis darauf zurückgewiesen werden, daß es sich ja zunächst nur um die Steigerung der Leistung in den Schlüsselgewerken (Bergbau, Verkehr, Landwirtschaft und auch Hausgewerbe) handeln kann. Die zweite Seite des Problems betrifft die praktische Durchführung. Es wird große Mühe bereiten, die beiden Parteien in der Wirtschaft (Unternehmertum und Arbeitnehmerschaft) auf eine Form der praktischen Durchführung zu einigen, die wirklich Erfolg verspricht. Aber selbst wenn die Steigerung des Ruhestandes der Wirtschaft an der richtigen Stelle einsetzt und im Einklang mit allen beteiligten Faktoren erfolgt, ist es noch recht zweifelhaft, ob die Masse der Arbeitnehmerschaft entsprechend handelt.

Die Arbeitsmoral im deutschen Volke ist im Kriegeslauf gesunken und hat sich auch nach dem Kriege noch nicht wieder auf die frühere Höhe gehoben. Besonders in der jugendlichen Arbeiterschaft herrscht die Auffassung, daß „Arbeiten mühsam“ ein Nützliches sei, dem sich jeder Einzelne möglichst weitgehend entziehen müsse. Diese Auffassung ist auf folgendem begründet: In jahresunterschiedlicher Weise sind in großen Teilen unseres Volkes die Ueberzeugung eingedrungen worden, daß die wirtschaftliche Arbeit ausschließlich für den Geldbeutel des Kapitalisten“ getrieben werde. Für die volkswirtschaftliche Bedeutung, d. h. für den Segen der wirtschaftlichen Arbeit für die Gesamtheit, haben diese Kreise es wenigstens nicht, wie für den moralischen Wert, den jedes zielbewußte ethische Handeln für den einzelnen Menschen mit sich bringt. Die werthschaffende Arbeit des Einzelnen kann dem Besitzer der Produktionsmittel — dem Unternehmer — Gewinn bringen. In zahlreichen Fällen aber ist es nicht der Fall. Unter allen Umständen aber wird durch die wirtschaftliche Arbeit des Einzelnen die Menge der Güter vermehrt, welche einem Volke zum Verbrauch bzw. Gebrauch unmittelbar oder mittelbar zur Verfügung stehen. Die schiefe Auffassung von der Bedeutung der wirtschaftlichen Arbeit hat dazu geführt, daß in weiten Kreisen der Arbeitnehmerschaft die Produktionsprobleme fast ausschließlich nach sozialpolitischen Gesichtspunkten beurteilt werden. So ist es auch gekommen, daß öffentliche Unterstützung (Gewerkschaften-Beiträge) fast ausschließlich genau so bemessen wurde wie der Arbeitslohn, daß also nur die Höhe der beiden verschiedenen Einkommensarten in Vergleich gesetzt wurden und werden. Ein Vor der heutigen Zeit gibt allen denen, welche die Grundgesetze der Wirtschaft und der Wirtschaftserträge nicht begreifen wollen, eine einflussreiche Lehre. Vielleicht wird der zunehmende Mangel

dazu führen, die Begriffe zu klären und die frühere gute Arbeitsmoral wieder zu beleben, die uns zu einem aufblühenden und zukunftsfähigen Volk gemacht hat. Erkennt unser Volk die Wichtigkeit des Tages, daß nur das eigene zielbewußte Streben die Arme der Götter herbeiruft, so ist damit die geistige Grundlage geschaffen, auf der eine neue starke deutsche Arbeitsmoral erblühen kann.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 17. Januar.

Zu Beginn der Sitzung verlas Präsident Loebe ein vom Salzburger Landtag eingegangenes Telegramm, in welchem der Landtag wegen der neuerlich erfolgten Vergewaltigung Deutschlands seine tiefe Trauer, aufrichtige Teilnahme und Sorge um die Zukunft ausbrach. (Lebhafter Beifall.)

Der Präsident erhält die Ermächtigung, einen Initiativantrag aller Parteien, mit Ausnahme der Kommunisten und Deutschvölkischen, auf die Tagesordnung zu legen:

Die Reichsregierung wird ermächtigt, unter Zustimmung des Reichstages folgende Maßnahmen anzuordnen, die sich zur Abwendung der aus der wirtschaftlichen und sozialen Not für die Allgemeinheit drohenden Gefahr als notwendig erweist. Die Verordnungen sind dem Reichsamt unverzüglich zur Kenntnis zu bringen und auf sein Verlangen außer Kraft zu setzen.

Hiernach kommt der sozialistische Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungskomitees zur Beratung, der Festhaltung der Produktions-, Groß- und Kleinhandels, die Warenpreise umgründet erhöht haben, fordert.

Es folgt der zu Beginn der Sitzung verlesene Antrag auf Erlass eines Ermächtigungsgesetzes, der neben den Unterirdischen der bürgerlichen Parteien auch die der Sozialdemokraten trägt.

Abg. Dietmann (Soj.) erklärt: Die Unterzeichnung seiner Fraktion sei nur durch einen Fernruf des Reichstagsbüros (H) unter dem Antrag gekommen. Seine Fraktion habe ihre Zustimmung dazu nicht gegeben. Sie sei vielmehr dagegen, daß der Reichstag in dieser kritischen Situation auseinandergehen solle.

Abg. Hillein (Komm.) protestiert gegen den Antrag, der eine Wiederholung des Ausnahmegesetzes von 1914 sei und die unverhüllte Diktatur des Kapitalismus auftriefen wolle.

Abg. Ledebour (N.S.P.) bedauert, daß der Reichstagskanzler der Debatte nicht beizuhelfen und es überdies nicht einmal für notwendig halte, zu sagen, was er mit dieser außerordentlichen Machtbefugnis machen wolle. Es liege doch außer Zweifel, daß der Antrag belästige Arbeit (H) sei. Abg. Geard (Soj.) beantragt mit Rücksicht auf den Widerspruch der Sozialdemokraten Hebung des Antrages an den Reichsausschuß und fordert weitere Beratung des Hauses bis zum nächsten Donnerstag mit der Maßgabe, daß der Präsident nötigenfalls eine frühere Sitzung anberaumen könne.

Vor der Abstimmung bezweifelt Abg. Ledebour (N.S.P.) die Beschlußfähigkeit des Hauses. Auch das Büro hält das Haus für beschlußunfähig.

Vizepräsident Dr. Meißner setzt nunmehr die nächste Sitzung auf Donnerstag der nächsten Woche nachmittags 2 Uhr an mit der Maßgabe, daß der Präsident auch eine frühere Sitzung anberaumen kann. Schluß 7 1/2 Uhr.

Preußischer Landtag.

Krauskopf der Kommunisten.

Berlin, 17. Januar.

Präsident Meißner eröffnet die Sitzung mit einer Erklärung gegen die französisch-belagte Gewaltpolitik. Die Erklärung wird von den Mitgliedern, mit Ausnahme der Kommunisten, lebhaft angelehrt. Die Kommunisten unterbrechen die Rede und äußern durch Lärm die Absicht, die Sitzung zu unterbrechen. In der Erklärung wird darauf verwiesen, daß das Verbrechen gegen das deutsche Volk fortgesetzt und das ganze Ruhrgebiet der Besetzung unterworfen ist. Ein Menschenleben sei bereits den französischen Augen zum Opfer gefallen. (Rufe bei den Kommunisten.) Wir bedauern das alles tief, denn das Leben eines Deutschen bedeutet für uns mehr, als die Einreibung der Kohlenkontributionen. (Sehr wahr!) Wir sprechen unsere tiefste Entrüstung über die ruchlose Tat aus. Auch hinsichtlich der Vorgänge im Rheinland fordern wir vom Völkerrat die Wiederherstellung des uns garantierten Selbstbestimmungsrechtes. (Zustimmung.) Wir appellieren an das Volkswissen, um zu verhindern, daß das deutsche Kulturvolk die Deute habfüßiger Imperialisten wird. Allen Opfern dieser Gewaltpolitik versichern wir unsere herzlichste Anteilnahme. (Stürmischer Beifall.)

Der Präsident gibt sodann der Trauer des Landtages über das Grubenunglück in Oberkassien Ausdruck. Vor Eintritt in die Tagesordnung beantragt Abg. Kay (Komm.) die sofortige Besetzung der Stelle des Vizepräsidenten vom 10. Januar sowie der heutigen des Landtagspräsidenten. Der Antrag auf Besprechung wird abgelehnt. (Die Kommunisten erheben gegen den Präsidenten unter großem Lärm den Vorwurf der bewußten Verletzung der Geschäftsordnung.)

Es folgt die Beratung des Tätigkeitsberichts der preußischen Landespolizei für das Rechnungsjahr 1921.

Abg. Waldhausen (Denkschr.) protestiert gegen den Antrag, die näheren Ausführungen gehen in dem großen Lärm der Kommunisten verloren. Es ist unerträglich, daß deutsche Industrielle unter Artsgerechtigkeit werden von unheimlichen Feinden, weil sie erklärt haben, nur den deutschen Gesetzen gehorchen zu wollen. (Erneute Unterbrechungen der Kommunisten.) Es ist bedauerlich, daß zur selben Zeit, als in Wodum ein Deutscher erschossen wurde, deutsche Kommunisten ein Hoch auf die französischen Brüder ausgebracht haben. (Sturmes Beifall.) Andererseits Lärm der Kommunisten.)

Abg. Winterfeld (D. Sp.) bezeichnet die Verletzung des Kohlenpakt als nationale Tat. In der weiteren Ansprache erklärt Abg. Dr. Meyer-Eppler (Komm.) mit den Redner auf die französischen Brüder seien die französischen Kommunisten gemeint gewesen. (Stürmischer Widerspruch.) Der Bericht wird schließlich dem Ausschuss für Sozialpolitik übergeben.

Das neue Geschichtsbuch.

Ein Erlass des preussischen Kultusministers.

Vom preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung ist soeben ein Erlass eingegangen, der eine Reform des Geschichtsunterrichts an den höheren Schulen Preussens sowie die Ausarbeitung neuer geschichtlicher Lehrbücher, die indessen nicht vor Diern 1924 eingeführt werden, betrifft.

Es heisst in dem Erlass u. a.: „Es herrscht allgemeines Einverständnis darüber, dass der Geschichtsunterricht noch mehr, als es in diesem Erlass geordert wird, zu einem vertieften Verständnis der Gegenwart führen muss, indem er alle Stoffe unter harter Beziehung auf die Gegenwart betrachtet und durch Verzicht auf vermeintliche Vollständigkeit durch Sützung dieser Stoffgebiete Raum für die Behandlung der Neuzeit und Gegenwart im Sinne wahrhaft staatsbürgerlicher Erziehung schafft. Dazu kommt, dass die besonderen Aufgaben des Geschichtsunterrichts nur in bewährter Zusammenarbeit aller zukunftsständigen Pädagogen gelöst werden können. Eine Durchsicht der Lehrpläne sämtlicher Schulstufen ist hierzu erforderlich, da jede Schulart nur auf dem ihrer Sonderart entsprechenden Wege die geschichtliche Bildung ihrer Schüler erziehen kann. Der demnächst erscheinende Lehrplan für die deutsche Oberstufe wird die für diese Schulart maßgebenden Gesichtspunkte aufstellen und dadurch Anreizen auch für die anderen Schularten abgeben.“

Die Sützung gewisser Stoffgebiete, z. B. der alten Geschichte, ist durchaus zu billigen. Dafür muss aber unter allen Umständen eine Intensivierung des Unterrichts über die deutsche und preussische Geschichte sowie über die Beziehungen der deutschen Einmischung zu der übrigen deutschen Staaten treten.

Die Schaffung eines neuen Lehrbuches über den geschichtlichen Unterricht soll dem freien Wettbewerb überlassen bleiben. Als Hauptforderungen werden genannt:

1. Bei durchgreifender Sützung des Stoffes und Knappheit der Darstellung darf nur das, was geschichtlich wichtig geworden ist, aufgenommen werden. Die Höhen- und Senkenpunkte der geschichtlichen Entwicklung sind klar herauszuarbeiten und in ihrer formtiefenden Bedeutung für die Gesamtsituation zu Darstellung zu bringen. Große Persönlichkeiten sowie die geistigen, wirtschaftlichen und sozialen Strömungen der betreffenden Zeitalter sind hierbei in gleicher Weise zu berücksichtigen. Die Stoffauswahl wird überall durch die in meinen Erlassen wiederholt ausgesprochenen Gesichtspunkte der nationalen Erziehung des heranwachsenden Staatsbürgers zu lebendiger Staatsgestaltung bestimmt sein, die auf der klaren Erkenntnis des Wesens des Staates beruhen und in der Selbstverantwortung des einzelnen gegenüber Staat und Volk gipfeln muss.

2. Einteilung und Gestaltung des Stoffes bestimmt der Bearbeiter nach freiem Ermessen. Alle Hilfsmittel, die zur Veranschaulichung und befonderen Überlicht beitragen, sind zu verwenden; dahin gehören u. a. Längs- und Querschnitte, Tabellen, graphische Darstellungen und Kartenentwürfe in einfacher Ausführung.

3. Die unentbehrlichen Jahreszahlen sind zu Tabellen zusammenzufassen.

4. Es ist darauf Bedacht zu nehmen, dass durch das Buch die freie Gestaltung des Arbeitsunterrichts nicht gehemmt wird.

Politische Rundschau

Eine norwegische Stimme gegen die Ruhrbesetzung.

Poincare ein höchst gefährlicher Mann.

Das „Stavanger Aktionstæde“ vertritt in einem ausführlichen „Gegen die Belagerung“ überschriebenen Leitartikel scharf den Einmarsch der Franzosen in das Ruhrgebiet. Die letzte französische Aktion hat die Gemüter ernstlich aufgeregert, schreibt das Blatt, die öffentliche Meinung wird sich bald wie ein Sturm gegen Frankreich wenden. Das Tragische dabei ist, dass die schwerbedrückte französische Nation infolge der wahnsinnigen Politik ihrer Regierung noch mehr leiden wird. Für einen objektiven Beobachter ist die französische Politik unverständlich. Der einzige Grund für die Aktion sind die rückständigen Holz- und Kohlenlieferungen. Diese Verletzungen sind jedoch relativ gesehen — so gering und von der deutschen Seite so gut begründet, dass sie nur wie ein bloßer Vorwand der französischen Regierung aussehe. Deutschland hat 1922 89 Prozent seiner Verpflichtungen hinsichtlich der Kohlenlieferungen erfüllt. Dies ist kein Zeichen von mangelndem Willen oder Obstruktion der deutschen Regierung. Deshalb können auch alle französischen Ausführungen nur Vorwände sein. Was aber will die französische Regierung mit ihrer Aktion erreichen? Man sollte glauben, sie würde nur in Gang gesetzt, um in drastischer Weise die Unhaltbarkeit der ganzen Lage zu zeigen und der Regierung Poincares einen guten Abgang zu schaffen.

In diesem Sinne wäre aber Poincare reich dafür, als ein für die französische Nation höchst gefährlicher Mann vor dem Staatsgerichtshof gestellt werden.

Mit der Besetzung des Ruhrgebietes taten die Franzosen ihr Versehen. Jetzt haben die Deutschen nichts mehr zu fürchten. Denn die Besetzung Deutschlands ist eine Unmöglichkeit. Sie würde in sehr kurzer Zeit Frankreich selbst vollständig ruinieren.

Die Schweiz und die Ruhrbesetzung.

Ueber die Eingabe der schweizerischen sozialdemokratischen Partei, die Bundesrat beim Völkerverbund gegen die Ruhrbesetzung intervenieren möchte, hat der Bundesrat in seiner Sonntagsitzung noch keinen Bescheid gefasst, sondern vielmehr die Beschlußfassung auf eine spätere Sitzung verschoben.

Österreich wird wieder teurer.

Wien, 16. Jan. Die Paritätische Kommission stellte am Montag fest, daß der Kündigung der Preise in der Zeit vom 15. Dezember bis zum 15. Januar zum Stillstand gekommen ist und daß die Konsumenten sich wieder um ten Prozent erhöht haben. In der Kommission wurden starke Befürchtungen laut, daß die Besetzung des Ruhrgebietes für die Kohlenlieferung Deutsch-Österreichs able Kolben schlagen könnte. Die Wiener Arbeitlosen demonstrieren am Montag vor dem Marktplatz. Von den etwa 12 000 Manifestanten lösten sich starke Trupps los, die in der Umgebung des Rathauses Tumulten veranstalteten, und von der berittenen Gendarmerie nur mit Mühe auseinandergebracht werden konnten.

300-Millionen-Spende des Papstes.

Für die deutschen Notleidenden hat der Papst 600 000 Lire, gleich 500 Millionen Mark gebendet, die an allen deutschen Bistütern gemäß der Seelenzahl verteilt werden sollen.

Aus Provinz und Reich

Verhaftung eines Mörders.

Berlin, 16. Januar. Der Raubmord an der Frau Hertl in der Wrangelstraße konnte jetzt endlich aufgelockt werden. Bei den Raubforschungen war der Verdacht der Polizei auf einen Mann gefallen, der sich der Ermordeten unter dem Namen Frühling genähert hatte. Dieser Frühling war identisch mit einem gewissen Ebers, von dem Frau Hertl kurz vor ihrer Ermordung einen Brief erhalten hatte. Ebers, alias Frühling, konnte jetzt endlich im Asyl in Düsseldorf festgenommen werden. Er wurde sofort durch die Düsseldorf-Kriminalpolizei in ein eingehendes Verhör genommen und legte auch ein umfassendes Geständnis ab. Er habe Frau Hertl im Anfang vorigen Jahres kennengelernt und sei seitdem ständig mit ihr in Verbindung geblieben. Er hatte die Absicht, mit ihr ins belgische Geleit und von dort aus nach Frankreich zu gehen. Angeblich sei Frau Hertl mit diesem Plane einverstanden gewesen. Aber am Abend, als sie abreisen wollten, am 20. Dezember, habe sich Frau Hertl plötzlich gewehrt, die Wohnung zu verlassen. Darüber sei er so erobert gewesen, daß er sie gewürgt und ihr ein Tuch in den Mund gesteckt habe. Dann habe er einige Kleidungsstücke d. s. Bates der Frau Hertl zusammengespacht und sei geflüchtet. Die Kleider habe er auf dem Alexanderberg verkauft und sei dann mit dem Erlös nach Düsseldorf gefahren. Der Mörder wird jetzt nach Berlin gebracht, um hier abgeurteilt zu werden. — Der Mord an dem Amerikaner Rowak ist noch nicht aufgeklärt. Es scheint sicher, daß die beiden angeblichen Chemiker Zellin und Müller aus Berlin geflüchtet sind, während sich ihre beiden Freundinnen, die liberlich an dem Morde beteiligt sind, hier noch aufhalten.

Brand des Orangeriegebäudes zu Wörlitz.

Wörlitz, 16. Jan. Der größte Teil der kostbaren ausländischen Flora des berühmten Wörlitzer Parkes ist bei einem Brande der Wörlitzer Orangerie ein Raub der Flammen geworden. Der Schaden ist unermesslich. Man vermutet Brandstiftung. — Hierzu wird uns noch von anderer Seite gemeldet: Das Orangeriegebäude des berühmten ehemals königlichen Parkes zu Wörlitz wurde durch Brand in seiner ganzen Ausdehnung von 7500 Quadratmetern zerstört. Das Feuer kam so überraschend schnell zum Ausbruch, daß an eine Rettung der vielen wertvollen Pflanzen nicht zu denken war. Die Feuerwehre war machtlos.

Bernstadt verurteilt.

Berlin, 15. Januar. Durch das Geständnis der Angeklagten ist die Verurteilung im Prozeß Bernstadt weitestgehend eingeleitet worden. Das Gericht verurteilte den Angeklagten Bernstadt wegen gemeinschaftlichen Diebstahls in höchsten Fällen und einfachen Diebstahls in zwei Fällen mit freibewährtem Rückfall zu einer Strafe von zehn Jahren Zuchthaus und zehn Jahren Ehrverlust. Dem Angeklagten Kaminski wurden mildernde Umstände zugestimmt, da er unter dem Einfluß des ihm überlegenen Bernstadt gefangen habe. Er erhielt drei Jahre Gefängnis und fünf Jahre Ehrverlust wegen schweren Diebstahls in fünf Fällen. Der Angeklagte wurde wegen einfachen Diebstahls zu einem Jahre Gefängnis verurteilt.

Die Not der Preise.

München, 16. Jan. Bis zum 1. Januar 1923 haben seit 1914 in Bayern 57 Zeitungen ihr Erscheinen eingestellt, davon allein 21 im Jahre 1922.